

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Planungsausschusses und Fortsetzung am 22.03.2022

Sitzungstermin:	Dienstag, 15.03.2022
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	22:05 Uhr
Fortsetzungssitzungstermin:	Dienstag, 22.03.2022
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:50 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Kay Burmester CDU

Mitglieder

Detlev Blohm CDU

Jörg Keller CDU

Wolfgang Dutsch CDU

Johanna Bergstein CDU

Manfred Eichhorn SPD

Wolfgang Rüdiger SPD

Sophia Jacobs-Emeis SPD

Rüdiger Fölske SPD

Christian Freitag SPD

Rainer Hagendorf Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Martin Schumacher FDP

Angela Drewes WSI

Bastian Sue DIE LINKE

Olaf Wuttke Fraktionslos

Umweltbeirat

Bianka Sievers Umweltbeirat nur am 15.03.2022

Jugendbeirat

Finn Justus Bödding Jugendbeirat

Jan Brüggemann Jugendbeirat nur am 15.03.2022

Seniorenbeirat

Gabriele Winter Seniorenbeirat nur am 15.03.2022

Verwaltung

Gisela Sinz Fachbereichsleitung 2

Katrin Matthies Protokollführung

Karl-Heinz Grass Fachdienstleitung 2-61 nur am 22.03.2022

Anneka Warsitz	Fachdienstleitung 2-63	
Jürgen Brix	Fachdienstleitung 1-30	nur am 15.03.2022
Angela Hans		nur am 15.03.2022
Elisabeth Hoppe		nur am 15.03.2022
Veit Badde		nur am 15.03.2022
Annette Boettcher		nur am 15.03.2022

Gäste am 15.03.2022:

Zu TOP 4:	Herr Scheepmaker	Raum & Energie
	Herr Franke	Argus
Zu TOP 7:	Herr Behrend	Architekturbüro
	Herr Schneider	Bauherr
Zu TOP 8:	Herr Willms	Architekturbüro
	Herr Rehder	Bauherrinvertreter
Zu TOP 9:	Herr Behrend	Architekturbüro
	Frau Thiecke	Bauherrinvertreterin

3 Einwohner*innen, 1 Ratsfrau
1 Vertreter der örtlichen Presse

Gäste am 22.03.2022:

4 Einwohner*innen

15.03.2022:

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, den TOP 6 von der Tagesordnung abzusetzen. Der Ausbau des Tinsdaler Wegs sollte erst beraten werden, wenn das Mobilitätskonzept weiter fortgeschritten ist. Die Fraktionen der FDP, Bündnis 90 / Die Grünen und CDU sehen eine Verbindung zum Mobilitätskonzept, die Planung sollte daher im Planungsausschuss besprochen werden.

Abstimmung:

4 Ja / 8 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	4	8	0
CDU-Fraktion	0	4	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	2	0
FDP-Fraktion	0	1	0
WSI-Fraktion	0	1	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

Es liegen keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:



Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
- 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen
- 2 Anhörung der Beiräte
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.02.2022
- 4 Mobilität
- 4.1 Vorstellung des neuen Mobilitätsmanagers
- 4.2 Mobilitätskonzept Wedel BV/2021/135
hier: Inhaltliche Ausrichtung des Mobilitätskonzeptes
- 4.3 Antrag der WSI-Fraktion zum Mobilitätskonzept ANT/2022/003
- 4.4 Antrag des Seniorenbeirats zum Mobilitätskonzept ANT/2022/004
- 5 Mitgliedschaft Rad.SH BV/2022/003
hier: Beschluss über die Mitgliedschaft
- 6 Ausbau der Straße Tinsdaler Weg - Vorplanung - Festlegung BV/2021/137
von möglichen Ausbauvarianten
- 7 Präsentation geplantes Wohnungsbauprojekt Schulauer Str.
9
- 8 Präsentation geplantes Mehrgenerationenquartier am
Ansgariusweg
- 9 Grundstücksangelegenheit im BusinessPark Elbufer / BV/2022/015
Änderung von vertraglichen Bauverpflichtungen
- 10 Anträge
- 10.1 Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen; hier: Erhalt der ÖPNV- ANT/2021/066
Anbindung während längerer Straßensperrungen
- 10.2 Fraktionen SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, FDP und die ANT/2022/002
Linke, sowie Olaf Wuttke; hier: Rahmenplan Wedel Nord:
Vierte Grundschule
- 11 Prüfauftrag zur Einrichtung eines Fußgängerüberweges MV/2022/011
(FGÜ) in der Bahnhofstraße in Höhe der Post
- 12 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"
- 12.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung
- 13 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 13.1 Bericht der Verwaltung
- 13.2 Anfragen der Politik
- 13.3 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

- 14 Mitteilung über bedeutsame Vorhaben MV/2021/089



- | | | |
|------|--|-------------|
| 15 | Mitteilung über bedeutsame Vorhaben | MV/2021/097 |
| 16 | Mitteilung über bedeutsame Vorhaben | MV/2022/012 |
| 17 | Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 17.1 | Bericht der Verwaltung | |
| 17.2 | Anfragen der Politik | |
| 17.3 | Sonstiges | |

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----|----------------------------------|--|
| 18 | Unterrichtung der Öffentlichkeit | |
|----|----------------------------------|--|



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine offenen vorangegangenen Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Eine Einwohnerin hat Fragen zu TOP 10.2 „Antrag zum Rahmenplan Wedel Nord: Vierte Grundschule“. Diese werden direkt bei der Beratung des Tagesordnungspunktes gestellt.

2 Anhörung der Beiräte

Der Seniorenbeirat hat nichts zu berichten.

Der Umweltbeirat bereitet die Informationsveranstaltung „Regionaler Klimawandel in Wedel“ vor. Die Einladungen werden voraussichtlich im April versandt.

Herr Brüggemann und Herr Bödding stellen sich als neue Vertreter des Jugendbeirates vor und freuen sich auf die Zusammenarbeit mit dem Planungsausschuss. Der neue Jugendbeirat hat sich als Priorität für diese Legislaturperiode die Schaffung von neuen Aufenthaltsorten für Jugendliche gesetzt.

3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 08.02.2022

Beschluss:

Das Protokoll vom 08.02.2022 wird ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	11	0	1
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	2	0	1
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	2	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0



4 Mobilität

4.1 Vorstellung des neuen Mobilitätmanagers

Herr Badde stellt sich und seinen beruflichen Werdegang dem Planungsausschuss vor. Er freut sich auf die Zusammenarbeit und über die spannende Mitarbeit an dem Kernthema Mobilitätskonzept.

4.2 Mobilitätskonzept Wedel

BV/2021/135

hier: Inhaltliche Ausrichtung des Mobilitätskonzeptes

Herr Burmester begrüßt die Gäste, Herrn Franke von dem Büro Argus und Herrn Scheepmaker vom Büro Raum & Energie.

Herr Franke zeigt an Hand einer Präsentation die gemeinsame Leitschnur der 15 Handlungsbausteine mit insgesamt 69 Handlungsansätzen. Er fasst den Tenor zur übergeordneten Handlungsstrategie der Wedeler*innen im Beteiligungsverfahren zusammen und hebt die essentiellen Handlungsansätze in den einzelnen Bausteinen hervor.

Herr Burmester eröffnet die Aussprache.

Frau Sinz erläutert das geplante weitere Vorgehen. Im Anschluss an den heute angestrebten Grundsatzbeschluss des Planungsausschusses zu den 15 Handlungsbausteinen sollen die einzelnen Punkte konkretisiert werden. Die AG Mobilität, die mit Vertretern der Fraktionen besetzt ist, hat die vorliegenden Handlungsbausteine bereits zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Büros werden diese im Anschluss weiter ausarbeiten und mit der AG rückkopeln. Das auf diese Weise entstehende Gesamtkonzept wird dann zur Beschlussfassung vorgelegt.

Herr Wuttke bittet um Information, welche Anzahl von Bürger*innen sich in den verschiedenen Formaten beteiligt hat und ob es neue Erkenntnisse gibt, ob eine Einbahnstraßenlösung für den motorisierten Individualverkehr (MIV) generell den Verkehr nicht eher be- als entschleunigt.

Herr Scheepmaker gibt an, dass an den beiden Planungswerkstätten jeweils ca. 70 Personen teilgenommen haben. Bei der Onlinebefragung wurden über 1.000 Hinweise gegeben, die Zahlen für das Online-Bürger*innen-Forum werden für das Protokoll nachgeliefert.

(Anmerkung der Verwaltung: An der Videokonferenz und dem Livestream haben 100 Personen teilgenommen; mittlerweile gab es 420 nachträgliche Aufrufe des Livestreams)

Herr Franke erläutert, dass einer Beschleunigung des Verkehrs durch physische oder optische Maßnahmen entgegengewirkt werden kann.

Die SPD-Fraktion hat drei Fragen zu speziellen Punkten.

Seite 12, Stärkung Fußverkehr: Warum wurde hier das Quartier nördlich der Altstadt zur Aufzeigung von Möglichkeiten für die Vermeidung gebietsfremder KFZ-Verkehre benannt, aber keine anderen Gebiete? Soll dies nur dort geschehen?

Herr Franke erläutert, dass noch viele weitere, kleinere und größere Bereiche in Frage kämen, jedoch an diesem Quartier die Frage modellhaft bearbeitet werden soll.

Seite 13, Schulwegsicherung: Warum wird hier nur für das Johann-Rist-Gymnasium (JRG) ein großflächiger Handlungsansatz hergeleitet? Es sollten aus Sicht der SPD-Fraktion alle weiterführenden Schulen berücksichtigt und auch die Grundschulen in den Blick genommen werden. Auch dort fahren spätestens ab der 3. Klasse viele Kinder mit dem Fahrrad zur Schule.

Herr Franke ergänzt, dass selbstverständlich alle Schulen und die entsprechenden Wege betrachtet werden sollen. Die großräumige Betrachtung ist vorerst für das JRG geplant, da dieses das höchste Fahrradaufkommen aufweist. Für die anderen Schulen ist bisher die Betrachtung des Umfeldes von 100-200 Metern Einzugsbereich vorgesehen, auch wenn die Schulwege selbstverständlich länger seien. Hier findet jedoch auch eine Betrachtung im Zuge der Radverkehrsentwicklung statt.

S. 11, Erleichterung des Fahrradparkens: Werden bei der Schaffung von Abstellmöglichkeiten auch Sonderfahrräder mit einer größeren Breite berücksichtigt?



Herr Franke bestätigt, dass solche Möglichkeiten überall dort realisiert werden sollen, wo dies räumlich möglich ist.

Die WSI-Fraktion weist auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes aus 2017 hin, dass im Jahr 2019 in einem Erlass mündete. Danach sei für die Ausweisung einer Tempo-30-Zone keine besondere Gefahrenlage mehr notwendig. Daher habe die Gemeinde Moorrege dies vor kurzem flächendeckend eingeführt. Dies sollte bei der Ausarbeitung des Mobilitätskonzeptes in Wedel berücksichtigt werden. Zudem sollte eine entsprechende Expertise eingeholt werden, welche Anforderungen an einen sicheren Rad- und Fußweg zu stellen seien, so sei beispielsweise der Fahrradstreifen in der Bahnhofstraße alles andere als sicher.

Herr Franke erläutert, dass die entsprechende Expertise in seinem Büro vorhanden sei.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes wird er prüfen.

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass die vorliegenden Handlungsansätze aus der Bürger*innenbeteiligung entstanden seien, damit müsse die Politik nun arbeiten.

Der Jugendbeirat begrüßt grundsätzlich die Ziele des Mobilitätskonzeptes. Es wird angeregt zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, die B431 für den Radverkehr sicherer zu machen, da hier auch der Schulweg zur Gebrüder-Humboldt-Schule verlaufe. Dort seien nicht in allen Bereichen Radwege vorhanden.

Herr Franke bestätigt, dass dies in einigen Abschnitten der B431 der Fall ist. Leider sei eine vollständige Planung von Radwegen entlang der B431 schwer umsetzbar, da einige Bereiche räumlich zu eng seien. Dort kann lediglich über eine Entschleunigung des KFZ-Verkehr oder Umfahrungsmöglichkeiten für Radfahrer nachgedacht werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen weist darauf hin, dass gerade eine solche Ummöglichungsmöglichkeit mit dem Bebauungsplan 76 in Planung ist. Grundsätzlich wird das vorliegende Papier begrüßt, allerdings entstünden bei dieser Mammutaufgabe Sorgen bezüglich des Zeitrahmens und der Finanzierbarkeit. Daher stelle sich dann die Frage nach der Priorisierung der einzelnen Teilprojekte. Herr Franke unterstützt die Ansicht, dass der Zeitrahmen dieses großen Projektes derzeit noch schwer einzuschätzen ist. Mit der Ausarbeitung wird jedoch zugleich ein Vorschlag für eine mögliche Priorisierung vorgelegt werden, die Entscheidung darüber liege jedoch bei der Politik.

Der Jugendbeirat möchte darauf aufmerksam machen, dass die Schulauer Straße mit der derzeitigen Lösung des Schutzstreifens auf einer Seite sehr unsicher sei und bittet, diese Situation zu verbessern. Darüber hinaus wird eine Beteiligung an dem weiteren Verfahren gewünscht.

Herr Franke erläutert, dass die weitere Beteiligung in der AG Mobilität und den Ausschüssen erfolgt. Für die Verbesserung der Situation an der Schulauer Straße lägen erste Ideen, aber noch keine Lösung vor. Frau Sinz ergänzt, dass hier die Planung noch nicht abgeschlossen ist, jedoch unter dem Aspekt der gerechteren Verteilung der Verkehrsräume erfolgt. Dabei muss jedoch auch die Finanzierung geklärt werden. Die Beratungen zu solchen Planungen erfolgen bei grundsätzlichen Fragestellungen im Planungsausschuss, anschließend jedoch in der Umsetzung im UBF. Bei der Umgestaltung von Verkehrsräumen wird immer ein Beteiligungsverfahren durchgeführt.

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass es in Wedel auch einen höheren Prozentsatz von Bürger*innen gibt, die auf ihr Auto angewiesen seien, weil sie nicht mehr ausreichend mobil seien, um am Fuß- oder Radverkehr teilzunehmen. Diese Personen dürften nicht ausgeschlossen werden und seien daher bei der Planung zu berücksichtigen.

Für die FDP-Fraktion stelle sich die Frage, wie mit Einzelfällen umzugehen sei, in denen Beschlüsse gefasst werden sollen, die jedoch Auswirkungen auf das Mobilitätskonzept hätten. Als Beispiel sei die Vorlage der Verwaltung zum Tinsdaler Weg unter TOP 6 auf der Tagesordnung zu nennen, in der eine Idee aus dem Beteiligungsverfahren zum Mobilitätskonzept - Stichwort Einbahnstraßenlösung - nicht berücksichtigt ist.

Der Seniorenbeirat erinnert an seine umfangreiche Stellungnahme unter TOP 4.4. Bei der weiteren Planung sollen alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt und auch die älteren Bürger*innen berücksichtigt werden, auch die Fußgänger. Aus Sicht des Seniorenbeirates ist dies in den vorliegenden Punkten nicht ausreichend der Fall. Es sollte ein eigener Punkt 16 für ausreichend Aufenthaltsbereiche mit Verweilmöglichkeiten im öffentlichen Raum, z.B.

in Form von Bänken, hinzugefügt werden. Wünschenswert wäre auch ein Wetterschutz in diesen Bereichen.

Der Vorsitzende weist auf die in der Tagesordnung erst später folgenden Änderungsanträge des Seniorenbeirats und der WSI-Fraktion hin und möchte nun die Beschlussvorlage zum Mobilitätskonzept abstimmen lassen.

Frau Drewes fordert, den Änderungsantrag der WSI-Fraktion vor der Abstimmung über das Mobilitätskonzept zu beraten und abzustimmen. Der Vorsitzende weist diese Forderung mit Hinweis auf die Beschlussfassung der Tagesordnung zu Beginn der Sitzung zurück.

Herr Schumacher stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Beschlussvorlage zum Mobilitätskonzept nun zu beschließen und die Änderungsanträge der WSI-Fraktion und des Seniorenbeirates an die AG Mobilität zur weiteren Bearbeitung zu verweisen.

Die WSI-Fraktion insistiert, dass bei Anträgen zur Änderung einer Beschlussvorlage zuerst über den Antrag abzustimmen sei und im Anschluss über das Gesamtkonzept.

Aus Sicht der FDP-Fraktion beinhalte der Änderungsvorschlag der WSI-Fraktion keine konkreten Änderungsvorschläge an der Beschlussvorlage, sondern eher Anträge zur weiteren Vorgehensweise.

Der Seniorenbeirat bittet darum, dass bei einer weiteren Bearbeitung des Antrages in der AG Mobilität der Seniorenbeirat zukünftig in der AG beteiligt werde. Frau Sinz bestätigt, dass die Beiräte bei der weiteren Arbeit der AG Mobilität mit einem Mitglied pro Beirat beteiligt werden.

Die WSI-Fraktion bittet darum ins Protokoll aufzunehmen, dass die Verwaltung der Fraktion eine schriftliche Auskunft zukommen lassen möge, wie Änderungsanträge formal korrekt zu stellen seien, damit diese zukünftig auch beraten und abgestimmt werden.

Herr Burmester stellt den Antrag von Herrn Schumacher zur Geschäftsordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja / 3 Nein / 3 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	6	3	3
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	0	0	3
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	1	1	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	0	1	0
Fraktion DIE LINKE	0	1	0

Im Anschluss stellt Herr Burmester den vorliegenden Beschlussvorschlag zum Mobilitätskonzept zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt die inhaltliche Ausrichtung des Mobilitätskonzeptes auf der Grundlage von 15 Handlungsbausteinen (s. Anlage 2 Seite 4).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (bei kurzzeitiger Abwesenheit zweier Mitglieder)

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	2	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	0	0	0
Fraktion DIE LINKE	0	0	0



4.3 Antrag der WSI-Fraktion zum Mobilitätskonzept

ANT/2022/003

Siehe Protokollierung unter TOP 4.2.

Beschluss:

Der Antrag wird an die AG Mobilität zur weiteren Bearbeitung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja / 3 Nein / 3 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	6	3	3
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	0	0	3
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	1	1	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	0	1	0
Fraktion DIE LINKE	0	1	0

4.4 Antrag des Seniorenbeirats zum Mobilitätskonzept

ANT/2022/004

Siehe Protokollierung unter TOP 4.2.

Beschluss:

Der Antrag wird an die AG Mobilität zur weiteren Bearbeitung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja / 3 Nein / 3 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	6	3	3
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	0	0	3
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	1	1	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	0	1	0
Fraktion DIE LINKE	0	1	0

5 Mitgliedschaft Rad.SH

BV/2022/003

hier: Beschluss über die Mitgliedschaft

Es wird keine Aussprache gewünscht.

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt die Mitgliedschaft bei der Arbeitsgemeinschaft für den Rad- und Fußverkehr Rad.SH.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	12	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	2	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

6 Ausbau der Straße Tinsdaler Weg - Vorplanung - Festlegung von möglichen Ausbauvarianten

BV/2021/137

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen kritisieren die vorgeschlagene Planung eines Schutzstreifens für den Radverkehr im Abschnitt Bahnhofstraße bis Galgenberg. Bei einer solchen Lösung werde der Sicherheitsabstand von den Fahrzeugen meist nicht eingehalten. Die bereits bei der Beratung des Mobilitätskonzeptes unter TOP 4.2 angesprochene Idee einer Einbahnstraßenlösung wird in der Vorlage nicht berücksichtigt. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird auf Grund der vorgeschlagenen Lösung im 1. Abschnitt der Vorlage daher nicht zustimmen.

Die CDU-Fraktion wird der Vorlage in dieser Form ebenfalls nicht zustimmen. Die Ideen der Bürger*innen aus der Planungswerkstatt sind in der Vorlage weder geprüft noch umgesetzt worden. Es wird daher vorgeschlagen, dass der Planungsausschuss die Verwaltung bittet, die Einbahnstraßenvariante zu prüfen. Erst im Anschluss könnte im Planungsausschuss entschieden werden.

Frau Boettcher erläutert die vorliegende Planung, die bereits vor zwei Jahren begonnen wurde und sich an den vorliegenden Gegebenheiten orientiert. Der Tinsdaler Weg gehört zum -im November 2020 vom Rat aktualisierten- Vorbehaltsnetz und wird täglich von ca. 8.000 Fahrzeugen passiert. Die beiden dargestellten Abschnitte sind vom Straßenquerschnitt und der angrenzenden Bebauung sehr unterschiedlich. In Teilen wird der Busverkehr geführt und es tritt Schwerlastverkehr auf.

Grundlegend neue Ideen sind hier mangels vorliegender politische Beschlüsse von der Verwaltung bisher nicht eingeplant. Dennoch sollte auf Grund der ersten Erkenntnisse aus dem Mobilitätskonzept die Situation des Radverkehrs verbessert und nicht lediglich der IST-Zustand erneuert werden.

Bei Zustimmung der Ausschüsse zur Vorlage würde das öffentliche Beteiligungsverfahren beginnen können, daran wären auch die Anlieger und die Beiräte beteiligt. Die Rückmeldung fließen anschließend in die weitere Planung ein.

Frau Sinz ergänzt, dass an der vorliegenden Planung ein klassischer Konflikt deutlich wird, der zukünftig womöglich häufiger auftreten wird. Im Abschnitt A entfielen durch die Einrichtung eines Fahrradschutzstreifens die sehr ausgelasteten Möglichkeiten des Parkens im Randbereich der Straße. Dies hätte gravierende Auswirkungen auf die Anwohnenden. Hier müsse sich die Politik vor einer öffentlichen Beteiligung positionieren. Weitere Veränderungen der Planung wie eine Einbahnstraßenlösung oder die Einrichtung einer Tempo-30-Zone könnten auch zu einem späteren Zeitpunkt in die Planung einfließen.

Die SPD-Fraktion würde sich für den Tinsdaler Weg mindestens in eine Richtung einen richtigen Fahrradweg und einen richtigen Gehweg wünschen. Daher sollte das Mobilitätskonzept abgewartet werden, da solche Wege bei einer Einbahnstraßenlösung eventuell auch in beide Richtungen möglich seien.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen möchten eine gerechtere Verteilung der Verkehrsflächen erreichen, dabei müssten auch die Anwohnenden einbezogen werden. Idealerweise sollte der Radweg durchgehend und auf allen Abschnitten gleichwertig sein. Neben der Einbahnstraßenlösung sollte auch die Möglichkeit der Anordnung einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h anstelle einer Tempo-30-Zone geprüft werden.

Die CDU-Fraktion beantragt, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen und die Verwaltung aufzufordern, eine dritte Variante mit einer Einbahnstraßenlösung in die Vorlage aufzunehmen.

Frau Sinz bestätigt auf Nachfrage des Seniorenbeirates, dass bei einer grundsätzlichen Veränderung der Verkehrsführung unter Einbeziehung der umliegenden Straßen (z.B. Feldstraße) auch die Beteiligung der dortigen Anwohnenden geprüft wird.

Herr Burmester stellt den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Vorlage um eine dritte Variante „Einbahnstraßenlösung“ zu ergänzen und anschließend erneut zur Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	12	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	2	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

7 Präsentation geplantes Wohnungsbauprojekt Schulauer Str. 9

Herr Burmester begrüßt die Gäste.

Der Architekt, Herr Behrend, stellt das aus seiner Sicht besondere Bauprojekt an der Schulauer Straße anhand einer Präsentation vor.

Bei der Planung wurde versucht, soviel grüne Fläche wie möglich herzustellen und den alten Baumbestand zu erhalten. Anhand verschiedener Ansichten erläutert er den geplanten öffentlichen Durchweg, die zurückgesprungenen Fassaden und das Einfügen in die umliegende Bebauung.

Die Wohnungen werden barrierefrei oder barrierearm hergestellt. Auf Nachfrage von Herrn Wuttke bestätigt Herr Behrend, dass der Durchweg auf Grund des Höhenunterschiedes im Gelände nicht barrierefrei geplant werden kann.

Frau Hoppe erläutert, dass für dieses Projekt grundsätzlich kein Bebauungsplanverfahren erforderlich ist. Da das Grundstück sich im Sanierungsgebiet befindet, ist jedoch zusätzlich zu dem Einvernehmen (Beurteilung nach § 34 BauGB) eine sanierungsrechtliche Genehmigung erforderlich.

Die FDP-Fraktion lobt die ansprechende Architektur und die ökologische und klimafreundliche Planung. Der Architekt ergänzt, dass ein mehrgeschossiges Haus in Holzrahmenbauweise vermutlich neu in Wedel sei. Lediglich das Sockelgeschoss müsse aus Stahlbeton gebaut werden.

Die Fraktion Die Linke zeigt sich positiv überrascht über die geplante neue Bauweise.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beurteilt die Ästhetik des Gebäudes als sehr gut, bittet jedoch um genauere Information zu dem geplanten Energiestandard. Auch seien aus der Präsentation keine oberirdischen Fahrradabstellplätze zu erkennen.

Herr Behrend erläutert, dass durch den Höhenversatz im Gelände die Tiefgarage ebenerdig und barrierefrei erreichbar sei. Möglicherweise könnten auch im Untergeschoss, das durch

einen Fahrstuhl erreichbar sein wird, weitere Stellplätze eingeplant werden. Vermutlich wird es zusätzlich im Außenbereich Abstellmöglichkeiten für Fahrräder geben.

Das Gebäude solle einen hohen bis sehr hohen Energiestandard haben, durch die unklaren Entwicklungen bei den Förderungen durch die KfW könne jedoch derzeit keine konkrete Aussage getroffen werden.

Die CDU-Fraktion merkt an, dass derzeit keine Kfz-Stellplätze im Außenbereich geplant sind, wo könne der Besucher- und Lieferverkehr parken?

Herr Behrend bestätigt, dass die Verkehrsflächen auf dem Grundstück lediglich der Zufahrt zur Tiefgarage dienen. Möglicherweise könne hier die Planung noch etwas angepasst werden. Die vorherigen oberirdischen Stellplätze hätten jedoch dem Baumbestand geschadet, daher solle in diesem Bereich auf Stellplätze verzichtet werden.

Die SPD-Fraktion betrachtet es als kritisch, wenn es keine Parkmöglichkeiten für Lieferanten gibt.

Auf Nachfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen führt er aus, dass bei einem möglichen Abriss des Gebäudes in späteren Jahren zwar keine vollständige Wiederverwertung der Baumaterialien möglich sein wird, jedoch durch die Holzbauweise und die gute Trennbarkeit der verwendeten Materialien eine deutlich höhere Recyclingquote als bei anderen Gebäuden erreicht werden wird.

Die CDU-Fraktion fragt, ob die im Entwurf nun vorhandenen vielen Glasfassaden auch im Verlauf der weiteren Planung erhalten bleiben.

Herr Behrend räumt ein, dass der Entwurf in der weiteren Planung vermutlich mehr Holzfassade als derzeit im Vorplanungsstand dargestellt erhalten wird. Für den notwendigen Sonnenschutz könnte es sein, dass der Glasanteil reduziert wird.

Die voraussichtliche BGF kann Herr Behrend auf Frage von Frau Sinz derzeit noch nicht konkret beantworten, es werden jedoch voraussichtlich mehr als 1.500 qm werden.

Die Präsentation wird an die Fraktionen versandt, eine Rückmeldung ist in der Sitzung des Planungsausschusses im Mai geplant.

8 Präsentation geplantes Mehrgenerationenquartier am Ansgariusweg

Herr Burmester begrüßt die Gäste zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der Architekt, Herr Willms, erläutert an Hand einer Präsentation die Lage des überplanten Grundstücks und die geplante Bebauung. Auf dem Grundstück befinden sich keine vorhandenen Gebäude und nur die der Grundstücksspitze ein geringer Baumbestand, der erhalten bleiben soll. Die geplanten sieben Mehrfamilienhäuser staffeln sich in der Höhe aufwärts beginnend an der Holmer Straße bis zum höchsten Gebäude in der Mitte des Grundstücks und verringern sich wieder Richtung Ansgariusweg. Durch die geringen Grundflächen der Gebäude wird die GRZ unter 0,30 liegen. Sie sollen unterschiedlichste Fassadenmaterialien und begrünte Dächer erhalten.

Die geplante Rad- und Fußwegverbindung von der Holmer Straße zum Ansgariusweg wird für den motorisierten Verkehr (mit eventueller Ausnahme für Versorgungs- und Rettungsfahrzeuge) gesperrt sein.

Der Kfz-Verkehr wird hauptsächlich über die Holmer Straße und die dort eventuell auszubauende Kreuzung zum Lüländen abgewickelt, lediglich das siebte Gebäude soll über den Ansgariusweg angebunden werden. Es ist ausreichend Abstand zwischen den Gebäuden vorgesehen. Für die PKW wird es vorrangig eine große Tiefgarage, verbunden mit wenigen oberirdischen Stellplätzen geben. Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sind ober- und unterirdisch geplant, auch Möglichkeiten für Lastenfahrräder werden berücksichtigt.

Herr Rehder ergänzt, dass in Gesprächen mit den Wedeler Stadtwerken auch die Möglichkeit eines öffentlich zugänglichen Car-Sharing-Angebotes geprüft wird. Zum jetzigen Zeitpunkt könne durch die ausgesetzte Förderung keine Festlegung auf einen Energiestandard für die Gebäude erfolgen, aber die Frage der Nachhaltigkeit werde in den Planungen berücksichtigt. Alle Wohnungen sollen barrierefrei hergestellt werden.

Er erinnert an die große Menge von sozial-geförderten Wohnraum, den die Firma Rehder in den letzten Jahren in Wedel geschaffen hat und erläutert jedoch, dass durch die gestiegenen und kaum kalkulierbaren Baukosten aus seiner Sicht die Vorgabe des Ratsbeschlusses zur Herstellung von 30% der Wohnfläche als geförderter Wohnraum grundsätzlich nicht mehr erfüllbar sei. Daher könnten bei diesem Projekt eventuell nur 25 - 30 % der Wohneinheiten als geförderter Wohnraum geschaffen werden, die abschließende Kalkulation dazu müsse in den nächsten Monaten erfolgen. Die derzeitige Planung sehe 40 % Eigentumswohnungen, 30 % freie Mietwohnungen und 30 % geförderte Mietwohnungen vor.

Herr Burmester eröffnet die Aussprache.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bitten um Information, ob die geplante Fuß- und Radwegverbindung mit den Planungen im Bebauungsplan 76 korrespondiert und der Anbindung von Wedel Nord entgegenkommt. Frau Sinz bestätigt, dass die neue Verbindung sich in den bestehenden Planungen einfügen würde.

Herr Wuttke fragt an, ob die Holmer Straße an dieser Stelle die notwendige Breite aufweist, um die Erschließung und den Abbiegeverkehr für das neue Wohngebiet zu ermöglichen. Frau Sinz berichtet von ersten Gesprächen mit dem Landesbetrieb Verkehr. Danach wäre die Fläche ausreichend, vermutlich wäre ein Linksabbieger einzurichten.

Frau Nagel (Ratsfrau) zeigt sich irritiert, dass trotz des Namens „Mehrgenerationenquartier“ in dem Vortrag über das Projekt dieses Thema nicht aufgegriffen wurde. Daher handle es sich nicht um ein Mehrgenerationenprojekt, sondern um einen normalen modernen Wohnungsbau.

Herr Rehder bestätigt, dass es sich nicht um ein entsprechendes Projekt handle, vielmehr solle der Name des Vorhabens auf die Vielfalt der entstehenden Wohnungen und deren Grundrisse sowie die heterogenen Zielgruppen (Familien, Alleinstehende, Barrierefreiheit im Alter) hindeuten.

Die Fraktion Die Linke betrachtet die Planung mit lediglich 25 - 30 % geförderten Wohnraum als kritisch und kann sich nicht vorstellen, dass es keine Fördermöglichkeiten für sozial geförderten Wohnraum geben soll.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen empfindet den Begriff des Mehrgenerationsquartiers auch als missverständlich. Die Wegeverbindung wird grundsätzlich begrüßt, es wird darum gebeten, die erforderlichen Mindestbreiten für Radverkehrswege einzuhalten und, sofern möglich, diesen in beide Richtungen vorzusehen.

Herr Rehder erläutert, dass die exakte Breite noch nicht benannt werden kann, dafür müssten die Planungen noch konkretisiert werden.

Die SPD-Fraktion möchte ebenfalls mehr geförderten Wohnraum als 25 - 30 % der Wohneinheiten und regt an, andernfalls über andere Ausgleichsinstrumente wie gedeckelte Mieten ins Gespräch zu kommen.

Herr Rehder signalisiert Gesprächsbereitschaft über andere Optionen, aber 30 % geförderten Wohnungsbau bezogen auf die Wohnfläche ist aus seiner Sicht vollkommen ausgeschlossen.

Die FDP-Fraktion bittet um Überlegungen, ob über eine höhere Geschoszahl mehr geförderter Wohnraum finanziert werden könne.

Der Jugendbeirat weist darauf hin, dass an der Holmer Straße im Kreuzungsbereich Lüländen ein hoher Lärmpegel herrscht. Daher stelle sich die Frage, wie der Lärmschutz für die neuen Wohnungen geplant ist und ob die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h auf der B431 bis zu dieser Stelle ausgeweitet werden kann.

Bezüglich der Geschwindigkeitsbegrenzung verweist Herr Rehder an die Verwaltung, die diese Frage klären müsste. Die Wandverschalungen und die Fenster gewährleisten einen hohen Lärmschutz. Zusätzlich würden alle Wohnungen mit Lüftungsanlagen ausgestattet, deren Öffnungen nicht zu Straße gerichtet werden.

Die Präsentation wird an die Fraktionen versandt, eine Rückmeldung ist in der Sitzung des Planungsausschusses im Mai geplant.



9 Grundstücksangelegenheit im BusinessPark Elbufer / Änderung BV/2022/015
von vertraglichen Bauverpflichtungen

Herr Behrend stellt die geplanten Änderungen an den Elbcubes an Hand einer Präsentation vor. Die Darstellungen entsprechen dem aktuellen Planungsstand und beruhen auf einer durchgeführten Machbarkeitsstudie.

Frau Thiecke erinnert an die Vorstellung des Erweiterungsbaus mit Büro- und Hallengebäude. Die Optik der Halle sollte auf Wunsch des Planungsausschusses überdacht werden. In der Folge ist auch die Planung der verbleibenden Elbcubes und die Staffelung der Gebäude neu überlegt worden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß der Vorlage der Erweiterungsbau heute nicht zur Diskussion steht.

Herr Wuttke zeigt sich irritiert von der Formulierung des Beschlussvorschlages, in dem es ausschließlich um die Änderung von vertraglichen Verpflichtungen im Hinblick auf die Optik geht. Die nun vorgestellte Planung beinhalte jedoch ein nicht nur hinsichtlich der Fassade verändertes städtebauliches Konzept. Die Abstufung der verschiedenen Gebäude war städtebaulich gewünscht und hätte einen harmonischen Abfall der Gebäudehöhen ergeben. Nun würden die vier verbleibenden Gebäudewürfel eine identische Höhe aufweisen. Diese Änderung müsste zwingend auch Teil des Beschlusses sein.

Frau Sinz bestätigt, dass dies eine städtebaulichen Veränderung der grundsätzlichen Idee darstelle, daher sei die Beschlussvorlage aus dem Bereich BusinessPark nicht nur dem HFA, sondern auch dem Planungsausschuss zur Beratung vorgelegt worden. Herr Behrend weist jedoch darauf hin, dass die neue Planung gemäß Bebauungsplan zulässig wäre und es sich lediglich um eine Veränderung der vertraglichen Bauverpflichtung handele. Frau Thiecke ergänzt, dass durch die zusätzlichen Geschosse mehr Gewerbefläche geschaffen würde und damit der Grundsatzgedanke des BusinessParks gestärkt werde. Die Staffelung ergebe sich nun aus dem angrenzenden 3-geschossigen Hallengebäude.

Die CDU-Fraktion bittet um Informationen zu der Vertragslage und ob dort Glas als Fassadenmaterial und die Staffelung explizit festgeschrieben sei. Für eine Beratung und fundierte Beschlussfassung wäre zusätzlich interessant, ob es zu dem durch die Erhöhung der Geschossigkeit entstehenden Mehrwert eine Nachleistungsvereinbarung auf den Grundstückskaufpreis gibt.

Frau Sinz verweist darauf, dass solche Fragen im Zuständigkeitsbereich des HFA lägen und im Planungsausschuss beraten werden müsse, ob die Veränderung des ursprünglich gewollten städtebaulichen Konzeptes mitgetragen wird. Dazu müsse ein Beschluss gefasst werden, ob der Verzicht auf die Gebäudeabstufung und der Verzicht auf die Glasfassade von der Politik gewollt werden.

Die SPD-Fraktion kritisiert die vorliegende Beschlussvorlage, in der zwar die Änderung der Fassadengestaltung energetisch begründet wird, jedoch die Veränderung der Geschossigkeit lediglich in der Begründung sehr kurz ohne Erläuterung aufgeführt wird.

Herr Burmester stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, dass die Vorlage vertagt wird. Es sei nicht die Aufgabe der Politik, unverständliche Beschlussvorlagen zu deuten. Die Verwaltung soll den Auftrag erhalten, eine verständliche und vollständige Beschlussvorlage vorzulegen, über die entsprechend beraten und beschlossen werden kann. Dabei sollen auch die städtebaulichen Aspekte berücksichtigt und verwaltungsseitig abgestimmt werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen weisen darauf hin, dass bei energetischen Planungen auch Photovoltaik auf den Dächern berücksichtigt werden sollte. Frau Thiecke erinnert daran, dass derzeit Gründächer genehmigt seien, aber bei der Umplanung und energetischen Neuausrichtung auch über Photovoltaik nachgedacht werde. Vorrangig sei jetzt jedoch die Frage der Fassadengestaltung zu klären.

Die WSI-Fraktion wird dem Antrag zur Geschäftsordnung zustimmen, allerdings müsse der Antrag dann auch von der Tagesordnung des HFA genommen werden.

Die Fraktion die Linke bekräftigt die Nachfrage der CDU-Fraktion zu einem Ausgleich des Mehrwerts und fragt, ob sich durch eine Veränderung der Geschossigkeit neue Probleme mit den Anwohnenden ergeben könnten. Dies wird mit Blick auf die Zulässigkeit einer Aufstockung im Bebauungsplan verneint.

Die SPD-Fraktion bittet darum, dass zur Frage einer möglichen Nachleistungspflicht durch einen entstehenden Mehrwert zur nächsten Beratung Informationen vorliegen.
Herr Burmester stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beschlussvorlage zu ergänzen. Dabei sind alle städtebaulichen Aspekte der Veränderungen an der Bauverpflichtung zu berücksichtigen und mit der Stadtplanung abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	12	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	2	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

10 Anträge

10.1 Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen; hier: Erhalt der ÖPNV-Anbindung während längerer Straßensperrungen

ANT/2021/066

Herr Ulbrich bringt den Antrag ein und bittet die Mitglieder des Planungsausschusses um Zustimmung.

Herr Brix äußert seine Irritation über den Antrag. Selbstverständlich fände vor jeder Straßenbaumaßnahme eine sorgfältige Abstimmung und Abwägung mit den Partner*innen der betroffenen Träger des ÖPNV statt. Dabei spiele jedoch auch die Taktung der betroffenen Buslinie eine Rolle, ebenso wie die Frage, wie die meisten Personen im Rahmen der Möglichkeiten weiter bedient werden könnten. Selbstverständlich könnte überlegt werden, hier zusätzliche Fahrten durchzuführen, dann müsse aber auch über die entsprechende Finanzierung gesprochen werden.

Herr Wuttke macht deutlich, dass dieser Antrag aus seiner Sicht gestellt werden musste. Durch die Sperrung der Pinneberger Straße sei für einen Zeitraum von über einem Jahr ein riesiges Gebiet praktisch abgehängt gewesen. Über mögliche Alternativen hätten der Politik keine Informationen vorgelegen.

Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass der Zeitraum im vorliegenden Antrag ungenau definiert sei. „Länger als nur ein paar Tage“ wäre sehr unkonkret.

Dies wird beantwortet, dass keine genaue Festlegung auf einen Zeitrahmen gewollt ist, jedoch gehe es eher um Baumaßnahmen, deren Dauer in Monaten gerechnet werden könne.

Beschluss:

Bei Straßensperrungen infolge von Tiefbaumaßnahmen, die länger als nur ein paar Tage dauern und von denen eine Buslinie betroffen ist, soll die Verwaltung in Abstimmung mit dem ÖPNV-Träger und der Politik frühzeitig Möglichkeiten eruieren, wie das betroffene Quartier dennoch weiterhin per Bus angebunden bleiben kann, etwa durch zeitweise Veränderung der Linienführung in diesem Gebiet, Einsatz von Kleinbussen, Angebot von Ruf-taxi o.ä.



Ein wochen- oder gar monatelanges Abhängen von Stadtquartieren - wie zuletzt rund um den südlichen Abschnitt der Pinneberger Straße geschehen - konterkariert das Ziel, den motorisierten Individualverkehr zu verringern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	12	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	2	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion DIE LINKE	1	0	0

**10.2 Fraktionen SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, FDP und die Linke,
sowie Olaf Wuttke; hier: Rahmenplan Wedel Nord: Vierte
Grundschule**

ANT/2022/002

Frau Binz-Vedder stellt drei Fragen, die auf einem den politischen Vertreter*innen zugesandten Papier beruhen.

1. Warum wird die 4.Grundschule nur im Zusammenhang mit Wedel Nord gefordert? Verschiebt sich die Erschließung und der Bau des ersten Bauabschnitts von Wedel Nord, dann verschiebt sich auch die Fertigstellung der Schule? Bereits 2015 würde im Schulentwicklungsplan eine vierte Grundschule auch ohne Wedel Nord diskutiert.
2. Wenn der Planungsausschuss den Bau der Schule im Zusammenhang mit dem ersten Bauabschnitt plane, wann wird die Schule dann frühestens bezugsfertig sein?
3. Wo werden die neuen Erstklässler bis zur Fertigstellung einer neuen Schule untergebracht, wenn die von den drei bestehenden Schulen ab 2023 nicht mehr aufgenommen werden können?

Auf Grund der Uhrzeit von 22:05 Uhr bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und unterbricht die Sitzung. Sie wird gemäß Ladung am 22.03.2022 fortgesetzt.

22.03.2022:

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Fortsetzung der Sitzung vom 15.03.2022.

Es wird der am 15.03.2022 nach Vorbringung der Einwohnerin-Fragen unterbrochene Tagesordnungspunkt 10.2 erneut aufgerufen.

Der Vorsitzende weist auf Nachfrage darauf hin, dass eine erneute Einwohnerfragestunde bei der Sitzungsfortsetzung nicht vorgesehen ist und beantwortet die am 15.03.2022 gestellten Fragen:

1. Zur heutigen Sitzung liegt ein Antrag mehrerer Fraktionen vor, der das Problem einer möglichen Verzögerung bei einer Verknüpfung mit dem 1. Bauabschnitt Wedel Nord vermutlich lösen wird.



2. Diese Frage erübrigt sich, da die Schule nicht mehr im Zusammenhang mit dem 1. Bauabschnitt Wedel Nord geplant werden würde.
3. Diese Frage liegt im Zuständigkeitsbereich des BKS und kann daher im Planungsausschuss nicht beantwortet werden.

Aus den Reihen des Planungsausschusses wird keine Ergänzung der Antworten gewünscht.

Herr Schumacher bringt den vorliegenden Änderungsantrag zum interfraktionellen Antrag ein. Mit der Verabschiedung des Rahmenplanes für Wedel Nord wurden bereits wichtige Begleitbeschlüsse gefasst, um die Themen Verkehr, Schule und ÖPNV bereits in der Bearbeitungsphase des Bebauungsplans für den 1. Bauabschnitt zu bearbeiten.

Mit dem vorliegenden interfraktionellen Änderungsantrag soll sichergestellt werden, dass auch sichere Wege- und Straßenverbindungen für die mögliche neue Grundschule geplant werden, auch während der Bauphase von Wedel Nord. Hauptsächlich sollen Fuß- und Radwege vorgesehen werden. Von der ursprünglichen Idee, die Schule in die Mitte des Baugebietes Wedel Nord zu verschieben und in den 1. Bauabschnitt zu integrieren, wurde wieder Abstand genommen. An ursprünglich vorgesehenen und nun beantragten Stelle ließe sich die Planung über einen separaten Bebauungsplan schneller realisieren, zudem sei die verkehrstechnische Anbindung besser.

Die SPD-Fraktion ergänzt, dass durch den hohen Flächenbedarf einer Grundschule ein solches Projekt an keiner zentralen Lage im Stadtgebiet zu realisieren sei. Durch den zusätzlich zu erwartenden Verkehrsfluss zu den Sportstätten durch die Vereinsnutzung am Nachmittag und Abend sollte die Randlage mit der Anbindung über Holmer Straße und Aschopstwierte beibehalten werden, um den KFZ-Verkehr aus den Wohngebieten herauszuhalten. Vermutlich sei die Bauzeit erheblich zu verkürzen, wenn die Schule durch die Investoren errichtet werde, da die Vorlaufzeiten der Stadt mit beispielsweise der Pflicht zur europaweiten Ausschreibung erheblich seien.

Die WSI-Fraktion drückt ihre Verärgerung aus, dass ihr der Änderungsantrag erst wenige Minuten vor Sitzungsbeginn vorgelegt wurde. Somit habe keine Abstimmung in der Fraktion erfolgen können. Da das Problem der fehlenden Unterrichtsräume bereits kurzfristig zum Sommer bestehe, sei der Vorschlag, eine Schule im Bereich des 2. Bauabschnitts Wedel Nord einzuplanen, unverschämt. Der vorgeschlagene Standort liege zu weit außerhalb, es sei beispielsweise Kindern aus dem Gebiet um den Hafen nicht zuzumuten, am Ansgariusweg zur Schule zu gehen. Es müsse daher ein Standort im Zentrum von Wedel gefunden werden. Daher könne die WSI auch inhaltlich diesem Antrag nicht zustimmen. Bezüglich der kurzfristigen Vorlage des Änderungsantrags wäre ein Eingreifen des Vorsitzenden wünschenswert.

Die FDP-Fraktion weist darauf hin, dass Änderungsanträge zu fristgerecht eingereichten Anträgen jederzeit, auch noch während einer Debatte eingereicht werden könnten. Im Übrigen solle die Schule über einen separaten Bebauungsplan geplant werden und nicht im Rahmen des 2. Bauschnittes von Wedel Nord. Auf diese Weise wäre möglicherweise sogar eine Realisierung noch vor dem 1. Bauabschnitt möglich. Leider sei die WSI-Fraktion bisher zu keiner interfraktionellen Zusammenarbeit bezüglich Wedel Nord bereit gewesen, eine Mitarbeit in der Zukunft würde gerne angenommen werden.

Herr Wuttke weist darauf hin, dass die Vorstellung, einen zentrumsnahen, aus allen Bereichen Wedels gut erreichbaren und kurzfristig zu überplanenden Standort unrealistisch sei. Die SPD-Fraktion kann die Verärgerung der WSI-Fraktion nachvollziehen, solche Anträge können vor der Sitzung entsprechend per E-Mail versendet werden. Dennoch sei die Einbringung formal korrekt und die Verweigerung der interfraktionellen Mitarbeit bedauerlich. Frau Drewes dankt für das Verständnis, merkt jedoch an, dass Anträge rechtzeitig für Fraktionsberatungen vorliegen sollten. Es sei bei ihr noch keine Einladung für ein interfraktionelles Gespräch eingegangen. Grundsätzlich seien kurzfristige Lösungen für alle Grundschulen, insbesondere jedoch für die Altstadtsschule und die Moorwegsschule notwendig. Dabei sollte auch eine Nutzung eines Bestandsgebäudes in Betracht gezogen werden. Eventuell böte sich die Pestalozzischule an, auch wenn dort derzeit die Schulkinderbetreuung untergebracht sei. Es sei die Überlegung erlaubt, ob die Beschulung von Kindern nicht Vorrang

vor der Betreuung habe.

Durch den Beginn der Planung des Grundstückes Wedel Nord beginne faktisch schon die Realisierung eines Teils des 2. Bauabschnittes von Wedel Nord.

Frau Sinz weist darauf hin, dass die Einrichtung einer vierten Grundschule grundsätzlich im Zuständigkeitsbereich des BKS liegt. Durch die überraschend hohe Zahl an Schulanmeldungen hat das Thema eine hohe Dringlichkeit bekommen, mit unterschiedlichen Auswirkungen auf die vorhandenen Grundschulen. Die Albert-Schweitzer-Schule hat derzeit noch ausreichend Kapazitäten, zudem wird dort in Kürze die notwendige Baumaßnahme beginnen. Mit der stark belasteten Moorwegschule werden bereits seit längerer Zeit Gespräche geführt. Eine in Kürze zu beauftragende Machbarkeitsstudie wird die Schule und das verfügbare Gelände betrachten und nach einer ganzheitlichen Lösung suchen. Kurzfristig werden die vorhandenen Containeranlagen erweitert, so dass eine Beschulung aller Schüler*innen möglich ist. Auch für die Altstadtschule konnten kurzfristige Lösungen gefunden werden, auch wenn dadurch Nutzungskonkurrenzen entstehen. Zusätzlich wird die Möglichkeit einer Aufstockung der Turnhalle geprüft.

Der Fachbereich Bau eruiert darüber hinaus die Umsetzungsmöglichkeiten für ein Zentrum für Schulkinderbetreuung am Jungfernstieg. Zusammenfassend sei daher festzuhalten, dass alle Kinder kurzfristig beschult werden können. Daher könne in Ruhe über einen möglichen neuen Standort beraten werden. Vor einer Umsetzung sollte jedoch der Schulentwicklungsplan abgewartet werden. Auch müsse sorgfältig geprüft werden, welche Konsequenzen - insbesondere finanzieller Art - sich für die Stadt ergeben würden, sollte das Gebäude durch einen Investor errichtet werden.

Die SPD-Fraktion kritisiert, dass die WSI-Fraktion die Situation der Schulen mit ihrer Ablehnung von Wedel Nord verknüpfe, ohne realisierbare Alternativen zu benennen. Der vorliegende Antrag eröffne eine positive Perspektive.

Die FDP-Fraktion vertritt die Ansicht, dass eine Planung mit Blick ausschließlich auf die aktuellen Zahlen nicht ausreichend sei. Auch wenn im Zuständigkeitsbereich des BKS sollte hier doch zumindest erwähnt werden, dass neben den Anmeldezahlen auch die Zahlen der aktuelleren Schulentwicklungsplanung des Kreises zu beachten seien. Wedel habe ein - für einen Verdichtungsraum im Großstadtbereich normales - Wachstum durch zuziehende junge Familien. Dadurch entstehe die Verantwortung, die Schulen zu entlasten. Auch der kommende gesetzliche Anspruch auf Ganztagsbetreuung müsse beachtet werden. Dies werde eine gewaltige Aufgabe für den BKS, der Planungsausschuss könne zumindest in der Standortfrage unterstützen.

Die WSI-Fraktion dankt der Verwaltung für die Aussage, dass die im Sommer anstehenden Einschulungen bewältigt werden können. Gleichzeitig bedeute diese Aussage, dass kein übereilter Beschluss gefasst werden müsse. Möglicherweise ließen sich andere Träger finden, die bereit wären, eine Schule zu planen und zu bauen. Zumal auch die weiterführenden Schulen nicht für diese Schülerzahlen ausgelegt seien und die Finanzlage der Stadt kritisch sei.

Der Jugendbeirat findet den vorliegenden interfraktionellen Antrag plausibel. Da die Albert-Schweitzer-Schule durch anstehende Baumaßnahmen nicht entlastet werden müsste, sei auch der gewählte Standort im Norden Wedels passend, um die Altstadtschule und die Moorwegschule zu entlasten.

Frau Sinz weist darauf hin, dass die Verwaltung die Standort-Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt als sinnvoll erachtet. Durch das anschließend erst beginnende Bebauungsplanverfahren sei anschließend ausreichend Zeit für die Prüfung der Bedarfe und der Bauträgerschaft.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen unterstützt diese Sichtweise und sieht ebenfalls keine Standortalternative an anderer Stelle in Wedel.

Der Vorsitzende verliest den vorliegenden Änderungsantrag.

Die FDP-Fraktion bittet um Einfügung des Wortes „autofrei“ im 2. Absatz: „.... sichere, autofreie Schulwege....“



Beschluss:

1. In Abstimmung mit den Investoren ist sehr kurzfristig über einen neuen Grundschulstandort zu entscheiden. Verwaltung und Investoren werden gebeten, für den ursprünglichen Schulstandort im Südwesten von Wedel Nord einen gesonderten B-Plan für eine mehrzügige Grundschule und die erforderlichen Sporteinrichtungen vorzubereiten, der schnell zu realisieren ist.

2. Voraussetzung für eine Nutzung der Schule durch Kinder aus dem übrigen Stadtgebiet und aus den neuen Baugebieten sind von den Investoren zeitgleich zu schaffende sichere, autofreie Schulwege mit Zugängen auch für die angrenzenden Wohngebiete.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	9	1	0
CDU-Fraktion	4	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	2	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	0	1	0
Fraktion DIE LINKE	0	0	0

**11 Prüfauftrag zur Einrichtung eines Fußgängerüberweges (FGÜ)
in der Bahnhofstraße in Höhe der Post**

MV/2022/011

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen, eine Aussprache wird nicht gewünscht.

12 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"

12.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr Grass berichtet, dass die Aufträge für die Freianlage der Neugestaltung der Ostpromenade erteilt worden sind. Aktuell erfolgt die Verstärkung der Hafensohle im Teilbereich 2.

Auf Nachfrage erläutert er, dass die ersten Ergebnisse der Machbarkeitsstudie in der AG Hafen vorgestellt und beraten werden sollen. Im Anschluss ist die Vorstellung im Planungsausschuss geplant.

13 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

13.1 Bericht der Verwaltung

In den Februar-Sitzungen des HFA und des Rates wurde um konkretere Angaben zu den einzelnen Positionen der über- und außerplanmäßigen Ausgaben 2021 gebeten. Herr Grass erläutert daher die im Zuständigkeitsbereich des Planungsausschusses drei betroffenen Punkte, die alle den Bereich Städtebauförderung Stadthafen Wedel betrafen. Verstärkt

wurde dort einmal mit 10.000 Euro für eine fällige Zahlung einer Ingenieursleistung. Zuvor waren aus dem Bereich heraus die Eigenkapitalaufstockung der Stadtwerke mit 176.000 Euro und der Bereich Grundstücksverwaltung für einen Grunderwerb mit 368.000 Euro verstärkt worden.

Sollten Mittel, die in 2021 nicht ausgegeben wurden und an anderer Stelle den Haushalt verstärkt haben, in 2022 benötigt werden, werden diese voraussichtlich über einen Nachtragshaushalt zur Verfügung gestellt.

13.2 Anfragen der Politik

Herr Wuttke bittet um Informationen zu einem ihm vorliegenden Gerichtsurteil des Oberverwaltungsgerichts zu der Klage einer Wedelerin gegen den Bebauungsplan 76. In dem Urteil wurde die Klage in Teilen für begründet erklärt und im Tenor festgehalten, dass der Bebauungsplan für ungültig erklärt wird, soweit er die fehlerhafte Ausweisung einer privaten Teilfläche als öffentliche Grünfläche betreffe. Neben der Frage der Konsequenzen aus dem Urteil sei auch zu kritisieren, dass der Planungsausschuss nicht über den Prozess und das Urteil informiert wurde.

Herr Grass räumt ein, dass versäumt wurde, den Planungsausschuss über das Urteil zu unterrichten. Allerdings seien die möglichen Folgen geprüft worden und vorerst als unerheblich beurteilt worden. Die eigentliche Trassenführung ist durch das Gericht nicht beanstandet worden. Die Klägerin ist derzeit nicht zu Verhandlungen für einen Verkauf von notwendigen Grundstücken an die Stadt Wedel bereit. Vorher kann der Bebauungsplan in diesem Bereich nicht umgesetzt werden. Bei einem Verkauf würde sich jedoch auch die in der Klage bemängelte falsche Ausweisung einer privaten Grundstücksfläche erledigen. Daher sei die mangelnde Verfügbarkeit der Grundstücke das eigentliche Problem. Durch das Urteil des Oberverwaltungsgerichts ergeben sich vorerst keine Konsequenzen.

Die SPD-Fraktion teilt die Kritik der mangelnden Information des Planungsausschusses und bittet zukünftig darum, solche Sachverhalte in das Gremium zu bringen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erinnert an das allseits große Interesse, den Bebauungsplan 76 voranzubringen und bittet die Verwaltung um Auskunft, wie der Zeitplan für die Weiterbearbeitung und die Fertigstellung der Wegeverbindung aussehe. Insbesondere für den Abschnitt zur Entlastung der Mühlenstraße für die Schüler*innen wären greifbare Zahlen wünschenswert.

Herr Grass berichtet, dass für einen Teil der Wegeverbindung die Vorstellung der Planung im Mai im Planungsausschuss vorgesehen ist. Nach dem Aufstellungsbeschluss und dem anschließenden Beteiligungsverfahren würden die Fördermöglichkeiten geprüft und entsprechende Anträge gestellt. Insbesondere für den Brückenbau wäre eine Förderung nötig und wünschenswert. Daher könnten noch keine konkreten Zahlen genannt werden. Für einen Abschnitt stehen alle notwendigen Flächen zur Verfügung, für andere müssten noch Gespräche geführt werden.

Die SPD-Fraktion moniert die Diskussion eines Bebauungsplanes unter dem TOP „Anfragen der Politik“, die ursprüngliche Anfrage richtete sich auf das Urteil des Oberverwaltungsgerichts.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass auch Anfragen zu einem Bebauungsplan möglich seien.

13.3 Sonstiges

Der Vorsitzende begrüßt den neu gewählten Bürgermeister, Herrn Gernot Kaser, unter den Zuhörenden, beglückwünscht ihn im Namen des Planungsausschusses zur Wahl und wünscht eine gute gemeinsame Zusammenarbeit in den nächsten Jahren.

Sodann informiert er den Ausschuss, dass die WSI die Verwaltung um rechtliche Prüfung der Abstimmung zu TOP 4.2 dieser Sitzung am 15.03.2022 gebeten habe. Auf Wunsch des Vorsitzenden wurde die Anfrage der Kommunalaufsicht übermittelt, mit deren Stellungnahme in den nächsten Tagen zu rechnen sei. In einem Gespräch mit ihm habe sich die WSI jedoch entschieden, keine vorsorgliche Heilung eines möglichen Verfahrensfehlers am 22.03.2022 herbeizuführen. Insofern muss das Ergebnis der Prüfung abgewartet werden, gegebenenfalls müssten die Tagesordnungspunkte 4.2, 4.3 und 4.4 dieser Sitzung in einer kommenden Sitzung erneut aufgerufen werden.

Öffentlicher Teil

18 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Im nichtöffentlichen Teil wurden keine Beschlüsse gefasst.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung am 22.03.2022 um 19:50 Uhr.

Vorsitz:

gez. Burmester

Kay Burmester

Protokollführung:

gez. Matthies

Katrin Matthies

